

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Jutta Braband, Bernd Henn und
der Gruppe der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/1294 —

**Rekommunalisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft
sowie Novellierung des Energierechts:
Grundvoraussetzung eines energiewirtschaftlichen Gesamtkonzepts
für die Bundesrepublik Deutschland**

A. Problem

Novellierung des Energierechts im Rahmen eines energiewirtschaftlichen Gesamtkonzepts für die Bundesrepublik Deutschland.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 12/1294 — abzulehnen.

Bonn, den 10. März 1993

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost
Vorsitzender

Volker Jung (Düsseldorf)
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Volker Jung (Düsseldorf)

I.

Der Antrag der Abgeordneten Jutta Braband, Bernd Henn und der Gruppe der PDS/Linke Liste zur Novellierung des Energierechts der Bundesrepublik Deutschland wurde in der 67. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Dezember 1991 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau überwiesen.

II.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat in seiner Sitzung vom 19. Februar 1992 gegen die Stimme des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Bonn, den 10. März 1993

Volker Jung (Düsseldorf)

Berichterstatter

len. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat auf eine Beratung des Antrags verzichtet.

III.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 51. Sitzung vom 10. März 1993 beraten.

Der Vertreter der Gruppe der PDS/Linke Liste machte darauf aufmerksam, daß der Antrag der Gruppe der PDS/Linke Liste auf einer Ausarbeitung des Freiburger Öko-Instituts basiere. Er sei mit einem Antrag, den die Fraktion DIE GRÜNEN in der 11. Legislaturperiode eingebracht hätte, nahezu identisch.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich gegen die Stimme der antragstellenden Gruppe und bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion der SPD, den Antrag — Drucksache 12/1294 — abzulehnen.

